

# TRANSNATIONAL FORCE OF LAW

FUNDED BY THE EUROPEAN RESEARCH COUNCIL

Publikation im Rahmen des ERC Projektes

**TRANSNATIONAL FORCE OF LAW**

unter der Leitung von Andreas Fischer-Lescano

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie  
unter: [www.tfl.uni-bremen.de](http://www.tfl.uni-bremen.de)

This project has received funding from  
the European Research Council (ERC)  
under the European Union's Horizon  
2020 research and innovation  
programme (ERC-2014-CoG, No.  
647313-Tansnational Force of Law,  
Andreas Fischer-Lescano)



**European Research Council**

Established by the European Commission

TRANSNATIONAL FORCE OF LAW (gefördert durch den European Research Council)  
Universität Bremen — Zentrum für Europäische Rechtspolitik  
Büro: Mar Escudero Morón • Telefon +49(0)421 218-66 201 • Fax +49(0)421 218-66 230  
Universitätsallee GW1 • 28359 Bremen

[www.tfl.uni-bremen.de](http://www.tfl.uni-bremen.de)

## Von der Krise der Volkssouveränität zur transnationalen destituierenden Macht\*

Weil es [das Proletariat] in der Form der Politik denkt, erblickt es den Grund aller Übelstände im Willen und alle Mittel zur Abhülfe in der Gewalt und dem Umsturz einer bestimmten Staatsform. Beweis: die ersten Ausbrüche des französischen Proletariats. [...] So verdunkelte ihr politischer Verstand ihnen die Wurzel der geselligen Not, so verfälschte er ihre Einsicht in ihren wirklichen Zweck, so belog ihr politischer Verstand ihren sozialen Instinkt.

(Karl Marx, »Kritische Randglossen zu dem Artikel ›Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen‹«, MEW 1, 407)

Ob Rechtspopulisten eine drohende Zersetzung des deutschen Staatsvolkes fürchten, linke Bewegungen die Volkssouveränität für sich wiederentdecken oder liberale Verfassungspatrioten die Verfahren der repräsentativen Demokratie »im Namen des Volkes« verteidigen: Die politischen Kämpfe der Gegenwart gruppieren sich zunehmend um die Frage, wer als verfassungsgebende bzw. konstituierende Gewalt (*pouvoir constituant*) gelten kann. Zwar bemühen die handelnden Akteure oft keine ausdrücklich verfassungspolitische Sprache. Doch am Ende werfen sie wenigstens hintergründig die Frage auf, wer die soziale Basis ist, von der aus die jeweilige konstituierten Gewalten in Gestalt der rechtlichen und politischen Formen (*pouvoir constitué*) ihre Autorisierung beziehen.<sup>1</sup> Wie es historisch schon immer in solchen »populistischen« Momenten gewesen ist, in denen die Grundlagen der Gesellschaftsverfassung einer Neuverhandlung unterzogen wurden, treffen hier Emanzipation und Regression aufeinander. Neue Formen assoziativer Demokratie, die eine Rückbindung an bürgerschaftliches Engagement avisieren, stehen den Neofaschisten der »Identitären Bewegung« gegenüber, die im Mittelmeer ihre Boote anmieten, um Flüchtlinge in den Tod zurückzudrängen: Sie wollen die verfassungsgebende Gewalt eines auf Homogenität beruhenden Nationalvolks schützen.

\* Der Text ist im Rahmen des Projekts »ERC-2014-CoG, No. 647313 – Transnational Force of Law« entstanden, das vom European Research Council (ERC) gefördert wird.

1 Zur Unterscheidung von konstituierender und konstituierter Macht in der Verfassungstheorie: Loughlin 2014; Negri 1999. In der deutschsprachigen Verfassungstheorie wird die »verfassungsgebende Gewalt« als feststehender Ausdruck verwendet (vgl. Isensee 1995). Auf diese Weise handelt man sich freilich die Doppeldeutigkeit des Gewaltbegriffs ein, der auf einen »größeren Bedeutungsumfang« verweist als etwa »violence« in der französischen oder englischen Sprache, indem er sowohl »eine Antithese zu Recht und Gerechtigkeit« bildet als auch »deren Verwirklichung oder Ausübung durch die Institution« umfasst (Balibar 2001, HKWM 5, 1271): Gewalt ist nicht nur disruptive »violence«, sie ist auch als Verwirklichungs- oder Verhinderungsmacht (*pouvoir/power*) zu verstehen. Wenn im Folgenden von »destituierender Macht« die Rede ist, soll in diesem Sinne die Verwirklichungs- bzw. Verhinderungsfunktion der verfassungsgebenden Gewalt betont werden.

Und selbst in den scheinbar technokratischen Kompetenzstreitigkeiten zwischen unterschiedlichen Verfassungsgerichtsbarkeiten der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union, etwa im Hinblick auf die Europäischen Verträge oder die Euro-Krise, steht die verfassungsgebende Gewalt auf dem Spiel: Wer, welche Institution, welche soziale Einheit kann die Kompetenz-Kompetenz für sich beanspruchen und sich als höchste Macht, als Souverän, als Hüter der Verfassung inszenieren?

Im Folgenden gehe ich dieser Rückkehr der verfassungsgebenden Gewalt ins politische Leben nach. Dabei zeige ich in einem ersten Schritt, wie der Formwandel der Verfassung, der die gegenwärtige Kapitalismusformation seit den 1990er Jahren abstützt, in eine Krise der verfassungsgebenden Gewalt führt (I. und II.). Bisher artikulieren sich die Reaktionen auf diese Krise vor allem im Register der Volkssouveränität (III.). Dies ist naheliegend, da die verfassungsgebende Gewalt in den meisten demokratischen Verfassungen eben dem »Volk« zugesprochen wird. Dabei ist es jedoch insbesondere autoritären Projekten gelungen, die Volkssouveränität von ihren radikaldemokratisch-egalitären Aspirationen zu lösen und mit einem Volksgemeinschaftsmodell kurzzuschließen.<sup>2</sup> Auf der politischen Linken wiederum beziehen sich soziale Bewegungen und politischen Parteien der Gegenwart auch verstärkt auf die Volkssouveränität. Sie verfolgen eine Verfassungspolitik, die sich an einem nationalstaatlich eingefrorenen Republikanismus französischer Spielart orientiert (vgl. Mélenchon 2014). Vor diesem Hintergrund läuft dann allerdings alles auf eine erneute, zweite Krise zu: Auf die erste Krise der verfassungsgebenden Gewalt, wie sie sich im Zuge des neoliberalen Konstitutionalismus ergeben hatte, folgt eine zweite Krise derselben als explizite Krise der nationalen Volkssouveränität. Die nationale Volkssouveränität kann zwar die Gründungsmacht des Volkes eines nationalen Gemeinwesens beschwören, politische Führer können sich in Volksabstimmungen legitimieren und neue verfassungsgebende Prozesse initiieren, doch dies läuft Gefahr, genau diejenigen Ansatzpunkte zu verdecken, die den Krisen der Weltgesellschaft wirksam begegnen und eine Restabilisierung der Legitimationsverhältnisse herbeiführen könnten. So stellt sich die Frage nach einer Neuausrichtung der verfassungsgebenden Gewalt als destituierender Macht: Wie kann es gelingen, wenigstens diejenigen Typen der Konstitutionalisierung zurückzudrängen, die die Welt in einen Modus der gewaltbewährten Dauerkrise manövrieren? Versteht man die verfassungsgebende Gewalt als destituierende Macht, die negativ auf bestehende, asymmetrische Machtkonstellationen reagiert und nach Wegen zu ihrer Überwindung sucht, ohne sich voreilig an ein wahlweise jakobinisch-republikanisches oder liberal-kosmopolitisches Politikmodell zu binden, eröffnet sich ein ganzes Feld von Handlungsspielräumen, in denen aussichtsreicher auf die Krisen der Weltgesellschaft reagiert werden kann. Eine transnationale destituierende Macht (*pouvoir destituant transnational*), die von einer Vielzahl an Akteuren, Institutionen oder Diskursen ausstrahlt, avanciert zum Ausgangspunkt für eine »revolutionäre Realpolitik« (Luxemburg) in der fragmentierten Welt.

2 Vgl. für eine radikaldemokratische Lesart der Volkssouveränität: Maus 1992; Niesen 2012.

### *I. Krise der verfassungsgebenden Gewalt: konstituierende Macht »von oben«*

In den letzten Jahrzehnten hat sich ein weitreichender Formwandel des Konstitutionalismus eingestellt, der in direktem Zusammenhang mit dem steht, was gemeinhin als neoliberale Globalisierung bezeichnet wird: Inter- und transnationale Ordnungsmuster, die von der Europäischen Union über die Vereinten Nationen bis hin zu Politikregimen wie der Welthandelsorganisation (WTO) oder dem Internationalen Währungsfond (IWF) reichen, haben in den letzten Jahrzehnten eine Verrechtlichung durchlaufen. Insbesondere im Bereich des Weltwirtschaftsregimes, das von privaten Schiedsgerichtsbarkeiten und einer spezifisch liberalen Eigentumsverfassung geprägt ist, kann man die Tendenzen nachvollziehen. Es handelt sich hier, so die Annahme der Forschungen zu *Global Constitutionalism*, sogar tendenziell um höherrangige Verfassungsordnungen, die in die Spielräume demokratischer Entscheidungsfindung eingreifen (Hitzel-Cassagnes 2012, 163ff; Schwöbel 2010; Teubner 2012). Die scharfen Urteile lauten entsprechend: »Imperial Global State in the Making« (Chimni 2004), »postdemokratischer Exekutivförderalismus« (Habermas 2011, 48ff) oder »neuer Konstitutionalismus als disziplinierender Neoliberalismus« (Gill 2002). Die Verfassungsbildung koppelt sich von der Logik demokratischer Autorisierung ab. Sie wirkt gerade nicht herrschaftsbegrenzend, da sie die Macht globaler Eliten und der staatlichen Exekutiven oder die funktionale Selbstreferenz transnationaler Funktionssysteme abstützt, ohne ausreichend an eine demokratisch konzipierte, verfassungsgebende Gewalt angebunden zu sein. Demgegenüber zeichnet sich eine Form des Konstitutionalismus ab, in der diese Instanz durch Usurpation und inhaltliche Hegemonieprojekte »von oben« besetzt wird.

Zum einen wird auf Selbstermächtigungsstrategien hingewiesen.<sup>3</sup> Dies ist dort der Fall, wo die verfassungsgebende Gewalt von der Eigenaktivität der Gerichte, staatlichen Exekutiven oder verselbstständigten Systemrationalitäten ausgeht. Wenn die Gerichte der weltwirtschaftlichen Institutionen damit beginnen, die Menschenrechte oder das globale Allgemeinwohl für sich zu beanspruchen, wenn westliche Verfassungsjuristen durch die Welt reisen und Verfassungstexte für andere Länder schreiben oder der Weltsicherheitsrat grundlegende Rechtsansprüche der Individuen durch einfache politische Entscheidung außer Kraft setzt: Überall dort treten schon konstituierte Mächte als verfassungsgebende Gewalt auf – und usurpieren Kompetenzen, die in den klassischen Zugriffen eigentlich nur den Bürgern, Menschen oder Staatsvölkern vorbehalten waren.

Zum anderen geht die eigenmächtige Kompetenzzuschreibung mit einer inhaltlichen Verfestigung einher (Gill/Cutler 2014; Ley 2015; Koskeniemi 2012). Die inhaltlichen Kerne der jeweiligen Ordnungsmuster werden so »von oben« in die

3 Jean Cohen identifiziert am Beispiel der Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats während des »War on Terror« eine »Usurpation konstituierender Autorität« (Cohen 2012, 268). Dann (2009) analysiert die Praktiken externer Konstitutionalisierung. Ausführlich zur Usurpation verfassungsgebender Gewalt: Heller 2018; Niesen/Ahlhaus/Patberg 2015; Patberg 2018; Volk 2013.

jeweiligen Vertragswerke oder in die Spruchpraxis von Gerichtsbarkeiten eintragen, so dass sie im normalen politischen Prozess nicht mehr veränderbar sind. Das schillerndste Beispiel dafür ist die Weltwirtschaft. Hier orientieren sich die einschlägigen Institutionen wie die WTO, der IWF oder das International Centre for the Settlement of Investment Dispute (ICSID) an Freihandel, Eigentumsrechten und Austeritätspolitik und adeln sie als quasi-verfassungsmäßige Politikziele. Diese Entwicklung macht auch vor den nationalstaatlichen Verfassungen (und im Fall der BRD auch den Landesverfassungen nicht halt). Auch dort haben »Schuldenbremsen« in den letzten Jahren eine Konstitutionalisierung erfahren, die die zur Verfügung stehenden Optionen in der Fiskalpolitik massiv einschränken. In diesem Sinne entbehrt die neue Form des Konstitutionalismus genau jener inhaltlichen Offenheit, die noch Theorien der sozialen Demokratie für die Nachkriegsverfassungen der westlichen Welt herausarbeiten konnten: Dass es möglich ist, die Einrichtung der Ordnung – und sei es rückblickend – als Ausdruck eines demokratischen Prozesses zu verstehen, und dass es unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften möglich ist, innerhalb der Verfassung ihren Zielsetzungen nachzugehen, die bis auf die Gesellschaftsverfassung, d.h. auf Fragen der Wirtschaftsweise, durchschlagen (Abendroth 2008; Bauer 1970; Kirchheimer 1976). In der neuen Form des Konstitutionalismus – in den Privatrechtsregimen des Investitionsschutzes, in der Austeritätsverfassung des Fiskalpakts, dem Schuldenbremsenregime des Grundgesetzes – steht die »Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«, wie dies Wolfgang Abendroth einst klassisch formulierte, eben nicht mehr zur »Disposition demokratischer Willensbildung« (Abendroth 2008, 346).

Die neue Form der Verfassung führt in eine massive Legitimationskrise. Während sich die Orientierung an Demokratie und Partizipation weltweit verbreitet hat, unterläuft sie gerade jene Wirksamkeitserfahrungen, die für die Demokratie zentral ist: dass der eigene Beitrag, und sei es die Stimmabgabe für eine Partei, tatsächlich einmal einen substanziellen Unterschied macht und sich die Dinge in der Folge wenigstens leicht spürbar in die gewollte Richtung verändern.

Insofern stürzt der neue Konstitutionalismus das Kernstück der modernen Verfassung – die verfassungsgebende Gewalt des Volkes – in eine Krise, indem er sie verdrängt oder einzig zur Selbstermächtigung bestehender hegemonialer Formationen beansprucht. Es ist nur ein konsequenter Ausdruck dieser Krise, dass in einer zunehmend fragmentierten Welt auf einmal die verfassungsgebende Gewalt des Volkes selbst wieder zum Anknüpfungspunkt für politische Strategien avanciert (Brunkhorst 2014b; Goes/Bock 2017; Mouffe 2018; Niesen 2012; Solty/Werner 2016). Gegen die Überformung der verfassungsgebenden Gewalt »von oben« wird ein weiteres Mal in der Geschichte die verfassungsgebende Gewalt »von unten«, als Souveränität der Bürger, Nicht-Funktionäre oder »einfachen« Leute in Stellung gebracht. Es ist derjenige Mechanismus, der offenbar noch am ehesten Hoffnung auf eine kollektive Wirksamkeitserfahrung vermittelt, die zwischenzeitlich verschüttet ist.

## II. Krisendiagnosen zwischen lebensweltlicher Homogenität und kosmopolitischer Prozeduralisierung

Man sollte jedoch gegenüber allzu grobschlächtigen Herangehensweisen an diesen postdemokratischen Konstitutionalismus einen gewissen Abstand gewinnen und genauer beleuchten, worin die Krise der verfassungsgebenden Gewalt besteht.<sup>4</sup> Viel hängt davon ab, auf welche Grundannahmen ihre Krise zurückgeführt wird. Hier liegen insbesondere zwei Diagnosen vor, die sich in der Forschungslandschaft und öffentlichen Diskussionen verbreitet haben.

1. Die romantisch-lebensweltliche Diagnose schlägt folgende Betrachtung vor: Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes habe es in den westlichen nationalen Wohlfahrtstaaten der Nachkriegszeit tatsächlich gegeben. Dort sei eine relativ einheitliche Lebensweise des jeweiligen »Volkes« eingetreten, die sodann eine offizielle Kodifizierung in der Staatsverfassung erfahren habe. Die Krise der verfassungsgebenden Gewalt sei folglich dort zu suchen, wo die neue Form des Konstitutionalismus diese lebensweltliche Homogenität unterläuft. So hat beispielsweise Fritz Scharpf dem Projekt einer stärkeren Demokratisierung der EU widersprochen, weil die »lebensweltlichen Verhältnisse« eben weiterhin nationalstaatlich geprägt seien (Scharpf 2015, 260; ähnlich: Streeck 2016).

Wie an diesen Ausführungen hervortritt, greift hier eine Reifizierung der verfassungsgebenden Gewalt des »Volkes«, nämlich die Vorstellung, dass wirklich eine Lebensweise und ein Kollektivzusammenhang als soziales Substrat vorliegt, das *unvermittelt* den jeweiligen Formen der rechtlich-politischen Vermittlung vorausgeht. So verliert diese Krisendiagnose diejenigen Prozesse aus dem Blickfeld, in denen sich »Form« und »soziales Substrat« wechselseitig hervorbringen (Menke 2015, 99ff; Neumann 1967: 33ff; Schechter 2013). Es ist nicht einseitig die »Gesellschaft«, die die Verfassung nach ihrem Bilde schafft; es ist auch umgekehrt die Verfassung, die gesellschaftliche Strukturbildungen bestimmt, sie ermöglicht und im selben Moment begrenzt. Dieser Umstand ist in der Forschungsliteratur unter dem Rubrum des »Paradoxes der verfassungsgebenden Gewalt« ausführlich aufgearbeitet worden (Espejo 2012; Näsström 2007). Diesen Umstand zu verkennen ist sowohl explikativ als auch normativ folgenreich. In explikativer Hinsicht entsteht auf diese Weise eine »kitschige« Rekonstruktion der Verfassungsgeschichte nach 1945, die die vielfältigen sozialen Konflikte, Selbstermächtigungs- und Verdrängungspolitiken, kolonialen Effekte, die eben auch zur Verfassung des Wohlfahrtsstaats gehören, aus dem eigenen Erklärungsmodell tilgt. In normativer Hinsicht empfiehlt die lebensweltliche Krisendiagnose eine Rückkehr zum »alten Konstitutionalismus«. Dabei ist fraglich, ob sie auf die Krisenprozesse der Weltgesellschaft – und die dort wirksame Neuzusammensetzung von konstitutionellen Formen und sozialem Substrat – zu reagieren vermag.

4 Vgl. zur zeitgenössischen Diskussion um die »Postdemokratie«: Eberl/Salomon 2013.

2. Die liberal-kosmopolitische Diagnose setzt anders an. Die Krise der verfassungsgebenden Gewalt wird darauf zurückgeführt, dass sich die Konstitutionalisierung zwischenzeitlich in einem globalen Horizont vollzieht. Um nochmals die Identität und Rechtsautoren und Rechtsadressaten zu mobilisieren, muss die Idee der Volkssouveränität aktualisiert und vom Nationalstaat gelöst werden (Bohman 2007; Niederberger 2009, 269ff; Colliot-Thélène 2011; Peters 2009). Die Volkssouveränität, so die These, verflüssigt sich in ein transnationalisiertes Mehrebenensystem, das die Identität von Rechtsadressaten und Rechtsautoren nicht mehr in einer einheitlich konzipierten Staatsverfassung ausdrückt. Grenzüberschreitende Betroffenheiten, die Universalität der Menschenrechte und föderale Kompetenzverteilungen zwingen zu einer komplexeren Verteilung demokratischer Autonomie auf unterschiedliche Ebenen. Volkssouveränität bezeichnet nicht mehr eine eindeutig lokalisierbare Verfassungsgebung. Sie wird eher als normativer Standard eingeführt, der auf bestehende Institutionen und Vertragssysteme angewendet wird.

Dies wirft die rekonstruktive Frage auf, ob wir die schon bestehenden Organgewalten auf transnationaler Ebene wenigstens hypothetisch so verstehen können, dass sie aus einem rationalen Konsens von freien und gleichen Bürgern hervorgehen. Ist das der Fall, können sie demokratische Legitimation für sich beanspruchen. Ist das nicht Fall, wird eine Wiederanbindung an demokratische Legitimationsmechanismen vorgeschlagen. Verfahren der Bürgerbeteiligung, Parlamentarisierung und eine Dynamisierung der Öffentlichkeiten sind folglich notwendig, um die postdemokratische Verfassungsbildung in einem weiteren Schritt zu demokratisieren. Hier stellt sich freilich die Frage, inwieweit solche Verfahren alleine in der Lage sind, die verfestigten Hegemonien des Konstitutionalismus tatsächlich anzutasten.

Dabei übersehen beide Diagnosen die Pointe der verfassungsgebenden Gewalt. Diese ist nämlich negativ zu verstehen (vgl. Möller 2015, 179ff; Möller 2017). Sie ist nicht zuerst ein positives Kollektiv oder eine positive Verfahrensordnung; vielmehr bezeichnet sie einen *Standpunkt*, der die bestehenden Organgewalten stets *rückwirkend* damit bedroht, aufgelöst, in die Gesellschaft zurückgenommen oder revolutioniert zu werden. Dadurch ergeben sich spezifische Machteffekte für die konstituierten Organgewalten und Verfahren: Stehen sie unter dem Vorbehalt der Rücknahme, findet eine disziplinierende Einschränkung von Handlungsspielräumen statt und die Verallgemeinerung »von oben« wird zumindest zeitweise blockiert. Die verfassungsgebende Gewalt ist nicht einzig in feierlichen Erklärungen oder umfänglichen Gründungsmomenten wirksam, sondern als Machtmechanismus, der den konstituierten Organgewalten ihre immer bestehende Vorhand auf die Definition des Allgemeinen, der verfassungsgebenden Gewalt von oben raubt, indem er mit einer Gegenbewegung von unten droht.

Die Leistung der Nachkriegsverfassungen der westlichen Welt ist deshalb gerade nicht die positive Konstitutionalisierung einer bestimmten Lebensweise, etwa der sozialen Marktwirtschaft, und auch kein demokratischer Verfassungspatrio-



tismus (das ist die Position des ökonomischen und des politischen Liberalismus). Die Theoretiker der Demokratie als Klassenkompromiss haben im Gegenteil argumentiert, dass die inhaltliche Offenheit der demokratischen Verfassung genau von jener Negativität herrührt, die in der verfassungsgebenden Gewalt wirksam ist (ausführlich zum Verhältnis von Drohung und Verfahren, Möller 2018c). Droht im Hintergrund die Revolution und gar eine Gesellschaftsalternative, ist die bürgerliche Klasse zu Zugeständnissen gezwungen. So wird ein Klassenkompromiss zwischen »unten« und »oben« zur naheliegenden Option. Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes wird auch nach der Verfassungsgebung ausdrücklich nicht still gestellt, sondern sie avanciert zu einem negativen HintergrundszENARIO, das im politischen Leben notwendig präsent zu halten ist. Fehlt dieses HintergrundszENARIO, können die bestehenden Organgewalten die verfassungsgebende Gewalt von oben vereinnahmen und haben es auf dieser Grundlage leicht, eine autoritäre Transformation der Ordnung einzuleiten. Diese Einsichten sind wiederum folgenreich für die neue Form der Verfassungsbildung. Die Krise der verfassungsgebenden Gewalt besteht nicht in der Auflösung von lebensweltlicher Homogenität oder leidet nur an mangelnden Verfahrenswegen. Eher fehlt bisher ein Wechselspiel aus konstitutionellen und extra-konstitutionellen Gegenmachtprozessen, die eine solche Drohung nochmals, unter den neuen Bedingungen der fragmentierten Weltgesellschaft, in Stellung bringen.

### *III. Die Krise der Volkssouveränität*

So wird der Aufschwung der »neuen Rechten« erklärbar. Ihr ist es gelungen, die Krise der verfassungsgebenden Gewalt zu vereinnahmen. Sie sammelt sich um die von der Verfassungstheorie Carl Schmitts inspirierten Annahme eines schon immer positiv vorhandenen, homogenen Nationalvolks, das eine vorgängige »Gleichartigkeit der Substanz« zum Ausdruck bringt (Schmitt 1993, 247). An diesen Ausführungen wird schon deutlich, dass eine Verzerrung, ja eine Pervertierung des negativen Moments in der verfassungsgebenden Gewalt vorliegt. Schließlich geht es in diesem Weltbild nicht mehr um das asymmetrische Verhältnis von konstituierender und konstituierter Gewalt, von »oben« und »unten«. Im Weltbild der Rechten erhält die Unterscheidung »Wir/Die anderen« eine Zentralstellung, so dass die nationale Gemeinschaft stets in Gefahr lebt, durch Eindringlinge und geschickte Zangenverschwörungen zwischen »oben« (Merkel) und »unten« (Flüchtlinge) zersetzt zu werden. Der Protest tritt hinter die Verhärtung einer positiv gegebenen sozialen Basis zurück, die zur Volksgemeinschaft gerinnt. Sobald die neue Rechte kommunikativen Anschluss an die verfassungsgebende Gewalt sucht, stellt sie die dort wirksame Negativität, die schließlich auf eine Überwindung und Kritik von Dominanzverhältnissen zielt, wieder still. Es geht ihr um die (Wieder-)Herstellung einer noch schärferen, noch reineren, noch dichtereren Form der Autorität. Diese Vereinnahmungsstrategie war bisher erfolgreich. Von der neuen Rechten gehen diejenigen drohenden HintergrundszENARIEN aus, die das politische Leben bestimmen. Und die zentralen



Unterscheidungen der Rechten, an denen sie immer wieder ihre »Umvolkungstheorie« durchspielen, strahlen bis weit in das Spektrum der gesellschaftlichen Linken und der linksliberalen Publizistik hin aus.<sup>5</sup>

Während der Liberalismus im Hinblick auf die Frage nach der verfassungsgebenden Gewalt sowieso immer schon skeptisch war und in seinen verfassungspatriotischen Wendungen kaum eine Antwort auf die hier in Rede stehenden Machtmechanismen geben kann (und will),<sup>6</sup> versucht auch die politische Linke in Europa auf die Krise der verfassungsgebenden Gewalt zu antworten. Sie ist offenbar noch in einer Phase der Selbstfindung. Neue sozialer Bewegungen, die assoziative Demokratieformen praktizieren, stehen neben Forderungen nach einer Demokratisierung europäischer und internationaler Institutionen und kommunikativen Anschlüssen an die schmittianischen Unterscheidungsmuster der neuen Rechten.

Auch hier kehrt die Figur der Volkssouveränität massiv in die Diskussionen zurück. Die verfassungsgebende Gewalt, so die Annahme, soll wieder an ein inklusives »Volk« zurückgegeben werden, so dass die Menschen wieder eine Gestaltungsmacht über ihre Lebensverhältnisse erlangen (Goes/Bock 2017; Errejon/Mouffe 2015). Diese Reaktion ist auf den ersten Blick naheliegend. Enthalten sowohl die nationalstaatlichen Verfassungen als auch die europäischen Verträge das Demokratieprinzip, so scheint es aussichtsreich, den Volkswillen für sich zu beanspruchen, um die neue Form des Konstitutionalismus zurückzudrängen. Doch bisher bleibt vollkommen offen, wie genau dieser Anspruch in Zeiten eingelöst werden soll, in denen inter- und transnationale Verkehrsverhältnisse gegeben sind: Wer ist hier die verfassungsgebende Gewalt? Wer ist das Volk und wo sind seine Grenzen? Wie lässt sich eine tatsächliche Wirksamkeitserfahrung hervorrufen, wie kann die neue Form des Konstitutionalismus nicht nur symbolisch skandalisiert, sondern effektiv verändert werden?

In der europäischen Linken erhält unter dem Eindruck der Eurokrise, des Aufstiegs der Rechten und der Flüchtlingsbewegungen zunehmend ein jakobinisches Politikmodell Auftrieb, das sich am französischen Republikanismus orientiert (Mélenchon 2014, 126ff.). Den Krisen der Weltgesellschaft wird der möglichst starke Willen eines demokratisch-inklusive Nationalvolks gegenübergestellt, das die verfassungsgebende Gewalt für sich beansprucht. Zwar finden solche Herangehensweisen fraglos sofort kommunikativen Anschluss im politischen System, das sich schließlich über die Grundnorm der Volkssouveränität legitimiert. Ein Blick auf die Kaskade der popular-souveränen Pyrrhussiege lässt eine solche Prioritätensetzung jedoch fragwürdig erscheinen: So kam es in Frankreich und den Niederlanden zur Ablehnung

---

5 Ein Kondensat lässt sich in der Diskussion Stegemanns zur populistischen Herausforderung finden (vgl. Stegemann 2017): Nachdem er eine Fundamentalkritik des Neoliberalismus ausarbeitet und immer wieder von Klassenkämpfen und Klassenbewusstsein schreibt, läuft alles auf eine am Konservatismus geschulte Perspektive zu: Die Migrationsbewegungen würden in den »Lebensraum« der Menschen einbrechen (Stegemann 2017, 119), dort selbst Fremdenfeindlichkeit hervorrufen (ebenda), Angela Merkel würde »Signale an die Flüchtenden der Welt« senden (125), sich auf den Weg nach Europa zu machen etc. pp.

6 Für eine ausführliche Kritik solcher liberaler Antworten, vgl. Möller 2018b.

des offiziellen Versuchs der Verfassungsbildung in Europa in Volksabstimmungen (2005). Die marktliberale Konstitutionalisierung der EU setzte sich in der Folge als Vertragsreform fort, die sich von demokratischen Bindungsmechanismen löste. Die Ablehnung der EU-Verfassung kann jedenfalls nur dann als Erfolg gelten, wenn man die Mobilisierung von Einzelpersonen für politische Ziele zum einzigen entscheidenden Kriterium erhebt und nicht berücksichtigt, welche Entwicklungswege sich im Nachgang einstellten. Ein weiteres Beispiel sind die Kämpfe um die Zukunft der Eurozone. Zwar stimmte die griechische Regierung unter Alexis Tsipras zu Beginn ihrer Amtszeit nicht in die feierlichen Erklärungen des jakobinischen Politikmodells ein und bemühte sich um die Herausbildung einer europäisierten Gegenmacht. Am Ende zeigten sich nicht nur die innereuropäischen Machtverhältnisse, sondern auch die Machtlosigkeit einer national eingefrorenen Volkssouveränität. Alexis Tsipras hätte sich seiner Unterstützung im griechischen Volk sicherlich noch mit mehreren Volksabstimmungen, verfassungsgebenden Prozessen, Bürgerversammlungen oder Demonstrationsstreiks versichern können, es blieb bei der Wahl zwischen der Erpressung in der EU oder dem Versuch, einen bis dahin nicht vorbereiteten Ausstieg aus der Euro-Zone zu wagen, der Griechenland wiederum zur Beute anderer geopolitischer Akteure, insbesondere Russlands oder Chinas, gemacht hätte.

Alles deutet jedenfalls darauf hin, dass auf die erste Krise der verfassungsgebenden Gewalt eine zweite Krise folgt: Diejenigen politischen Bewegungen, die sich um die Figur einer national eingefrorenen Volkssouveränität sammeln, werden ab einem bestimmten Zeitpunkt in die Situation kommen, die Drohungen auch ansatzweise einlösen zu müssen. Das politische System und der Zwang zur Mehrheitsbildung drängen die Volkssouveränität vom Gedanken zur Wirklichkeit. Dabei ist die schmittianische Usurpation der verfassungsgebenden Gewalt im Vorteil. Die Rechte kann sich in eine Parallelwelt der Volksgemeinschaft flüchten, sich gleichgültig gegenüber den moralischen Kosten ihrer Volkssouveränität verhalten und ihre Politik auf Bereiche konzentrieren, in denen so etwas wie wirksame Veränderungen noch möglich erscheinen, etwa im Bereich der Kultur oder des kommunalen Zusammenlebens (Verbot der Verschleierung etc.). Dieser Vorteil der Rechten schließt nicht aus, dass auch linke Kräfte mit ihrem jakobinischen Politikmodell reüssieren – doch spätestens dann, wenn es um die Wirksamkeitserfahrung im Bereich der politischen Ökonomie geht, scheitern sie an den Verkehrsverhältnissen eines transnationalisierten Kapitalismus und den damit zusammenhängenden Machtverhältnissen. Darüber hinaus ist unklar, wie eine solche Konzeption der verfassungsgebenden Gewalt überhaupt auf die vielfältigen Krisen der Weltgesellschaft – sei es im Bereich der natürlichen Umwelt, der Post- und De-Kolonialisierung, der Migration – reagieren könnte. Es steht schließlich gerade nicht von Beginn an fest, wer nun das »Volk« der Volkssouveränität ist und ob es sich notwendig in einem nationalen Staat verkörpern muss, um seinen Willen zum Ausdruck zu bringen, im Gegenteil: Die verfassungsgebende Gewalt bildet sich hier erst in Konflikten, die sich auf die fragmentierte und transnationalisierte Konstellation richten.

#### IV. Transnationale verfassungsgebende Macht

Ist also eine erste Krise der verfassungsgebenden Gewalt dort zu beobachten, wo sich eine neue, marktliberale Form der Verfassungsbildung verallgemeinert, zeichnet sich ihre zweite Krise ab: Die Krise einer nationalstaatlich eingefrorenen Volkssouveränität. Beide Krisen überlagern sich und führen in einen Teufelskreis. Die Reaktivierung der Volkssouveränität ist die naheliegendste Option, die sich dann allerdings, wenn sie im jakobinisch-republikanischen Register verharret, nicht in wirksame Gegenmachtprozesse oder gar Veränderungen übersetzen kann.

Das Hauptproblem des jakobinischen Modells mit all seinem symbolischen Überschwang, ist genau dort anzusiedeln. Es erweist sich als Lernblockade, weil es auf die erste Krise der verfassungsgebenden Gewalt eigentlich keine angemessene Antwort hat und so immer wieder in deren (zweite) Krise zurückfällt. Dadurch tritt eine Verarmung politischer Praxis ein. Die Ursachen für Problemlagen müssen immer in der Schwäche der Mobilisierung des Nationalvolks bestehen, die Problemlösung immer in seiner Verstärkung. Die organisierte Willensstärke wird so zur Kardinaltugend jeder Politik erhoben.<sup>7</sup>

Dass sich die politische Linke in Europa eine Reaktivierung der verfassungsgebenden Gewalt in der gegenwärtigen Situation entweder als Auflösung der EU oder als vollumfängliche Neugründung von unten (bei der sich Staatspräsident Viktor Orbán, Frank Walter-Steinmeier und Gregor Gysi gemeinsam mit den Normalbürgern Luiz Sanchez aus Barcelona und Marianna Müller aus Bottrop eine radikaldemokratische und nicht-neoliberale Verfassung erdenken, die sich dann in 28 Volksabstimmungen bewährt), oder als renationalisierenden »Bruch mit den Verträgen« vorstellen kann, zeigt das Problem (zur Übersicht über das Spektrum linker Parteien in Europa: Hildebrandt 2017; für die renationalisierende Position: Mélenchon 2014, 126ff). Wer sich in Krisensituationen auf allzu voraussetzungsreiche »Ideale« festlegt, reitet sich immer weiter in sie hinein. Dann passt alles nicht mehr zusammen, Ideal und Wirklichkeit scheinen auseinanderzuklaffen und der Weg in die Passivierung, Regression oder das Einverständnis mit den Verhältnissen ist vorgezeichnet.

Statt sich in Diskussionen um Verfahrensdesigns und Utopien, in »Königswege« und ausufernde Bebilderungen zu versteigen, wäre die Reaktivierung der verfassungsgebenden Gewalt *aus den Konflikten und den jeweiligen Gegenstandsbereichen selbst* zu entwickeln. Das heißt auch, die Frage offen zu halten, wie und wo sie sich verkörpert. Wählt man einen solchen Ausgangspunkt, findet eine heilsame Lösung von jakobinisch-republikanischen und liberal-kosmopolitischen Modellen der Ordnungsbildung statt. Es stellt sich die Frage, wie die verfassungsgebende Gewalt als destituierende Macht in den jeweiligen Kontexten auf die Selbstermäch-

7 Zur Kritik solcher Willenspolitik und der Rolle von Massenversammlungen, vgl. Horkheimer 1992, 81ff: »Die religiösen wie die politischen Massenredner des Bürgertums wählen ihre Worte nicht so sehr nach ihrer Angemessenheit an den Gegenstand als an den je zu erreichenden Effekt« (ebd., 82).

tigungstendenzen »von oben« zu reagieren hätte. Das »Volk« der destituierenden Macht konstituiert sich dabei strikt negativ, als Reaktion auf die Verselbständigung der Organgewalten. Es zielt darauf, Gegenmachtprozesse in Gang zu setzen, die neue Form des Konstitutionalismus wieder zu öffnen und den Krisen der Weltgesellschaft zu begegnen. Die destituierende Macht ist deshalb nicht an einen spezifischen Typ der politischen Mobilisierung oder eine institutionelle Grundstruktur gebunden, sondern würde prosaisch nach denjenigen Strategien und Handlungsansätzen suchen, die destituierende Effekte erzielen.

Dadurch erweitert sich der Handlungs- und Interventionsspielraum. Über die populäre Mobilisierung hinaus kann sie in den Kollisionen gegenhegemonialer Politik- und Rechtsregime mit den Institutionen des Neoliberalismus, in denen Konflikte unterschiedlicher Gerichtsbarkeiten um Norminterpretation und Anwendung sichtbar werden (Horst 2013; Teubner/Fischer-Lescano 2006; Prien 2010; Fischer-Lescano/Möller 2016; Thiel 2015). Auch die Politik von einzelnen Nationalstaaten oder Staatenallianzen hätte eine andere Rolle. Es würde nicht um die Behauptung irgendeiner Staatssouveränität gehen. Werden auch progressive Regierungen als Teil einer transnationalen verfassungsgebenden Gewalt verstanden, können sie nicht mehr ausschließlich auf eine Politik »für die eigenen Leute« orientieren, sondern müssen die Folgen ihres Entscheidens (oder Nicht-Entscheidens) für das transnationale Volk der Machtunterworfenen mitberücksichtigen (Möller 2018a). Darüber hinaus treten so Spielräume hervor, die den umfänglichen Neugründungsgesten im Bereich inter- und transnationaler Vertragssysteme entgegengehen.

Eine verfassungsgebende Gewalt kann sich auch in einer *Politik der Verträge* übersetzen, wenn sie eine wirksame Neuverhandlung ermöglicht, in denen der Konstitutionalismus eine Adäquanz zu den jeweiligen Widersprüchen der Weltgesellschaft aufbauen kann. Dann würde es nicht darum gehen, bestehende Vertragssysteme einseitig aufzulösen oder sie mit besseren Normen »von außen« zu konfrontieren, sondern durch veränderte, teils revolutionäre Umdeutungen der verbindenden Vertragsnormen eine Politisierung herbeizuführen und die drängenden Problemlagen zu thematisieren. Man sollte im Blick behalten, dass die Rechts- und Verfassungsgeschichte eben keine lineare Abfolge von Gründungsakten ist. Sie ist von unvorhersehbaren Wendungen geprägt, von technokratischen Revolutionen ebenso wie von revolutionären Technokratien, die man nicht durch politischen Beschluss fein säuberlich voneinander trennen kann. Die radikalsten Revolutionäre sind in der Regel nach kurzer Zeit wieder auf die »alten« verfassungsrechtlichen Traditionen vor den Revolutionen zurückgekommen, während die technokratischen Rechtsarbeiter durch Rekonstruktion und Neuinterpretation der Verfassungen in vielen Fällen revolutionäre Effekte erzielt haben (Berman 1991, 41ff; Brunkhorst 2014a; Thornhill 2011).

Wer die verfassungsgebende Gewalt in der fragmentierten Weltgesellschaft reaktivieren will, darf jedenfalls nicht in romantisierenden »Bilderbuch«-Varianten der Volkssouveränität verharren. Demgegenüber erweist sich eine transnational destituierende Macht als realistischerer Ausgangspunkt für einen Ausweg aus der

Krisenkonstellation, da sie die Rolle der verfassungsgebenden Gewalt für den modernen Konstitutionalismus zu generalisieren und auf die fragmentierte Weltgesellschaft zu beziehen vermag. Sie gibt gleichsam einen Weg an, wie aus den Widersprüchen selbst eine neue Verfassungspolitik hervorgehen kann, die auf eine nachhaltige Restabilisierung der Lebensverhältnisse zielt. Dies wird spätestens dann zur Zentralfrage avancieren, wenn die desaströsen Folgen der imperialen Lebensweise zurückschlagen und sich die nationalistischen Verdrängungsstrategien blamiert haben.

### Literatur

- Abendroth, Wolfgang, »Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« (1954), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Band 2, Hannover 2008, 338-57
- Bauer, Otto, »Das Gleichgewicht der Klassenkräfte« (1924), in: Sandkühler, Hans J., u. Rafael De La Vega (Hg.), *Austr Marxismus. Texte zu »Ideologie und Klassenkampf«*, Frankfurt/M., 79-97
- Berman, Harold J., *Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition*, Frankfurt/M 1991
- Bohman, James, *Democracy Across Borders. From Demos to Demoi*, Cambridge, London 2007
- Brunkhorst, Hauke, *Critical Theory of Legal Revolutions*, London, New York 2014a
- ders., *Das doppelte Gesicht Europas: zwischen Kapitalismus und Demokratie*, Berlin 2014b
- Chimni, B. S., »International Institutions Today: An Imperial Global State in the Making«, in: *European Journal of International Law*, 15(1), 2004, 1-37
- Cohen, Jean L., *Globalization and Sovereignty: Rethinking Legality, Legitimacy, and Constitutionalism*, New York 2012
- Colliot-Thélène, Catherine, *La Démocratie sans Démos*, Paris 2011
- Dann, Philipp, »The Internationalization of the Constituent Power of the Nation«, in: Brunkhorst, Hauke (Hg.), *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden 2009, 491-506
- Eberl, Oliver u. David Salomon, »Postdemokratie und soziale Demokratie«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48, H. 3, 2013, 415-25
- Errejon, Iñigo, u. Chantal Mouffe, *Construir pueblo. Hegemonía y radicalización de la democracia*, Barcelona 2015
- Espejo, Paulina Ochoa, »Paradoxes of Popular Sovereignty: A View from Spanish America«, in: *The Journal of Politics*, 74(4), 2012, 1053-65
- Fischer-Lescano, Andreas, u. Kolja Möller, »The Struggle for Transnational Social Rights«, in: dies. (Hg.), *Transnationalisation of Social Rights*, Cambridge 2016, 11-47
- Gill, Stephen, »Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations«, in: *International Studies Review* 4, H. 2, 2002, 47-65
- ders., u. A. Claire Cutler (Hg.), *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge 2014
- Goes, Thomas, u. Violetta Bock, *Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte?*, Köln 2017
- Habermas, Jürgen, *Zur Verfassung Europas*, Berlin 2011
- Heller, Jonas, *Mensch und Maßnahme: Zur Dialektik von Ausnahmezustand und Menschenrechten*, Weilerswist 2018

Hildebrandt, Cornelia, »Zur parteipolitischen Linken in Europa«, in: Candeias, Mario, u. Alex Demirovic (Hg.), *Europe – what's left?* Münster 2017, 229-50

Hitzel-Cassagnes, Tanja, *Die Verfassung des Transnationalen*, Baden-Baden 2012

Horkheimer, Max, »Egoismus und Freiheitsbewegung« (1936), in: ders., *Traditionelle und Kritische Theorie*, Frankfurt/M 1992, 43-122

Horst, Johan, »Politiken der Entparadoxierung: Versuch einer Bestimmung des Politischen in der funktional ausdifferenzierten Weltgesellschaft«, in: Amstutz, Marc, u. Andreas Fischer-Lescano (Hg.), *Kritische Systemtheorie. Zur Evolution einer normativen Theorie*, Bielefeld 2013, 189-212

Kirchheimer, Otto, »Zur Staatslehre von Sozialismus und Bolschewismus«, in: Luthardt, Wolfgang (Hg.), *Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung*, Frankfurt/M 1976, 32-52

Koskeniemi, Martti, »Hegemonic Regimes«, in: Young, Margaret A. (Hg.), »Regime Interaction«, in: *International Law*, Cambridge 2012, 305-24

Ley, Isabelle, *Opposition im Völkerrecht. Ein Beitrag zur Legitimation internationaler Rechtserzeugung*, Heidelberg u.a. 2015

Loughlin, Martin, »The Concept of Constituent Power«, in: *European Journal of Political Theory*, Bd. 13, 2014, 213(2), 218-37

Maus, Ingeborg, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie: rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Kant*, Frankfurt/M 1992

Mélenchon, Jean-Luc, *L'ère du peuple*, Paris 2014

Menke, Christoph, *Kritik der Rechte*, Berlin 2015

Möller, Kolja, *Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen*, Bielefeld 2015

ders., »Konstituierende als destituierende Macht. Zur Entgrenzung und Transnationalisierung der Lehre vom pouvoir constituant«, in: Kortendiek, Nele u. Marina Martinez Marteo (Hg.), *Grenze und Demokratie – ein Spannungsverhältnis*, Frankfurt/M, New York 2017, 200-25

ders., »Invocatio populi: Demokratischer und autoritärer Populismus«, in: Jörke, Dirk u. Oliver Nachtwey (Hg.), *Leviathan-Sonderband*, Baden-Baden 2018a (i.E.)

ders., »Populism, Democracy and Popular Sovereignty«, in: *Philosophical Inquiry*, 1-2, 2018b, 14-36

ders., »Drohung und Verfahren«. In: Sheplyakova, Tatjana (Hg.), *Prozeduralisierung des Rechts*, Berlin, 2018c (i.E.)

Mouffe, Chantal, *For a Left Populism*, London, New York 2018

Näsström, Sophia, »The Legitimacy of the People«, in: *Political Theory*, 35(5), 2007, 624-58

Negri, Antonio, *Insurgencies: Constituent Power and the Modern State*, Minneapolis 1999

Neumann, Franz L., »Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft« (1937), in: ders. (Hg.), *Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik*, Frankfurt/M 1967, 7-57

Niederberger, Andreas, *Demokratie unter Bedingungen der Weltgesellschaft?* Berlin/New York 2009

Niesen, Peter, »Kosmopolitismus in einem Land«, in: ders. (Hg.), *Transnationale Demokratie und Gerechtigkeit*, Frankfurt/M, New York 2012, 311-39

ders., Svenja Ahlhaus u. Markus Patberg, »Konstituierende Autorität. Ein Grundbegriff für die Internationale Politische Theorie«, in: *Zeitschrift für politische Theorie*, 6(2), 159-72

Patberg, Markus, *Usurpation und Autorisierung. Konstituierende Gewalt im globalen Zeitalter*, Frankfurt 2018

Peters, Anne, »Dual Democracy«, in: Klabbers, Jan, Anne Peters u. Geir Ulfstein (Hg.), *The Constitutionalization of International Law*, Oxford 2009, 263-341

- Prien, Thore, *Fragmentierte Volkssouveränität: Recht, Gerechtigkeit und der demokratische Einspruch in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden 2010
- Schechter, Darrow, *Critical Theory in the 21st Century*, New York, London 2013
- Schmitt, Carl, *Verfassungslehre* (1928), Berlin 1993
- Schwöbel, Christine E. J., »Situating the debate on global constitutionalism«, in: *International journal of constitutional law*, 8(3), 2010, 611-35
- Solty, Ingar, u. Alban Werner, »Der indiskrete Charme des Linkspopulismus«, in: *Das Argument* 316, H. 2, 58. Jg., 2016, 273-307
- Stegemann, Bernd, *Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*, Berlin 2017
- Streeck, Wolfgang, »Scenario for a Wonderful Tomorrow«, in: *London Review of Books* 38, H. 2, 2016, 7-10
- Teubner, Gunther, *Verfassungsfragmente. Gesellschaftlicher Konstitutionalismus in der Globalisierung*, Berlin 2012
- ders., u. Andreas Fischer-Lescano, *Regime-Kollisionen: Zur Fragmentierung des Weltrechts*, Frankfurt/M
- Thiel, Thorsten, »Opposition verfassen. Demokratie, Republikanismus und die Etablierung von Gegenmacht«, in: Llanque, Marcus u. Daniel Schulz (Hg.), *Verfassungsidee und Verfassungspolitik*, Berlin 2015, 271-92
- Thornhill, Chris, *A Sociology of Constitutions: Constitutions and State Legitimacy in Historical-Sociological Perspective*, Cambridge 2011
- Volk, Christian, »Why Global Constitutionalism does not live up to its Promises«, in: *Goettingen Journal of International Law* 4, H. 2, 2013, 551-73



Wolfgang Fritz Haug  
**Hightech-Kapitalismus  
in der Großen Krise**  
368 Seiten · 19,50 €  
ISBN 978-3-88619-339-4

## Die Krise des globalen Kapitalismus von hier bis Chimerika

W.F. Haug seziert die Hegemoniekrise: Imperium oder Imperialismus, Rekonstruktion der US-Hegemonie unter Obama?, Hegemoniekämpfe in den USA, Chimerika – das amerikanisch-chinesische Paradox, China und die Welt nach Chimerika, Hightech-Antikapitalismus und Krise der Demokratie.

»Eine faktenreiche und theoretisch dichte Studie zu den systemischen Krisenbewegungen des Kapitalismus. Äußerst bedenkenswert, weil Haug die These des Akkumulationsproblems nicht nur mit einer Vielzahl aktueller Wirtschaftsdaten unterfüttert, sondern sie auch nachvollziehbar in den Rahmen politischer Gegenwartstheorie einpasst.« Nils Markwardt im *Freitag*

Band I der Studie: Hightech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie · 320 Seiten · 19,50 € · ISBN 978-3-88619-294-6